

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung
des Gemeinderats der Stadt Lörrach
am Donnerstag, 24. Juli 2014

im großen Sitzungssaal des Rathauses Lörrach, Luisenstraße 16

Anwesend:	Oberbürgermeisterin Heute-Bluhm als Vorsitzende Bürgermeister Dr. Wilke
Stadträtinnen und Stadträte:	Böhringer, Bühler, Brogle, Claassen, Cyperek, Denzer, Escher, Ferger, Gula (ab 17.10 Uhr), Hirt, Höfler, Jaenisch (bis 18.15), Krauel, Krämer, Kurfeß, Lacher, Matt, Obrecht (ab 17.55 Uhr), Prof. Dr. Paul, Perinelli, Piorr, Roskopf, Salinas de Huber, Schlecht, Simon, Vogel, Vollmer, Wernthaler
Entschuldigt:	Berg, Heuer, Lusche
Ferner:	Fachbereichsleiterin Buchauer Fachbereichsleiterin Rebmann-Schmelzer Fachbereichsleiterin Staub-Abt (bis 18.00 Uhr) Fachbereichsleiter Kleinmagd Fachbereichsleiter Nef Fachbereichsleiter Schwenzer Fachbereichsleiter Wipf (bis 18.30 Uhr) Betriebsleiter Langela Stellv. Fachbereichsleiterin Oswald (bis 19.15 Uhr) Stellv. Fachbereichsleiter Adams Frau Wegner Sängler (bis 18.00 Uhr)
Urkundspersonen:	Stadtrat Denzer und Stadtrat Escher
Schriftführer/in:	Herr Ockenfuß
Beginn:	16.00 Uhr
Ende:	18.40 Uhr

TOP 1

Sachstandsbericht zur Schulentwicklungsplanung

Vorlage: 116/2014

Die Vorsitzende führt zunächst in die Thematik der Vorlage ein und erklärt, dass mit der Vorlage ein Zwischenstand zur Schulentwicklungsplanung präsentiert werden solle. Es seien von der Verwaltung verschiedene Szenarien für die künftige Schulentwicklungsplanung entwickelt worden. Die verschiedenen Varianten und die dazugehörigen Themenstellungen sollen öffentlich mit allen Beteiligten diskutiert werden. Es werde in dieser Sitzung keine Entscheidung getroffen, sondern lediglich der Zwischenstand gespiegelt.

Stadträtin Jaenisch bedankt sich bei dem Fachbereich Jugend/Schule/Sport für den gegebenen Zwischenstand und erklärt, dass man nun planen und wichtige Weichen stellen müsse. Der Campus Rosenfels sei bereits ausgelastet. Man benötige ein weiteres Gymnasium mit speziellem Sprachprofil bzw. mit reformpädagogischem Konzept. Man müsse vorhandene Kapazitäten ausbauen und die daraus entstehenden Synergien nutzen.

Stadträtin Krauel erklärt, dass der Wegfall der verbindlichen Grundschulempfehlung keinen Einfluss auf die weitere Schulentwicklungsplanung habe. Die Fraktion der SPD sei gegen das Trennen und Auslagern von Klassen. Es sei vernünftig zu überlegen, ob ein Campus Neumatt für Realschule und Gymnasium geschaffen werden könne. Zumindest brauche man ein vernünftiges Konzept für die Realschule. Der Ganztages-Grundschulbetrieb müsse ausgebaut werden.

Stadträtin Kurfeß hebt hervor, dass die Schulen schließen müssten, wenn sich nicht mehr genügend Kinder anmelden. Man müsse den Schulen Mut zum eigenständigen Gestalten machen. Die Schulen müssen dazu aufgefordert werden, sich intensiv in diesen Entwicklungsprozess einzubringen. Bisher gebe es eine Gemeinschaftsschule, doch da sei noch mehr möglich. Die Akzeptanz dieser Schultypen steige, wenn man Lehrkräfte intensiver einbinde. Man müsse gemeinsame Ziele finden. Die Vorlage sei vollkommen richtig, man müsse an der Diversifizierung der pädagogischen Konzepte in der Stadt arbeiten und räumliche Kapazitäten jederzeit bereitstellen können.

Stadtrat Claassen führt aus, dass der Sachstandsbericht dieses wichtige Thema gut aufgearbeitet habe. Der Bericht gebe Orientierung und zeige, dass es Handlungsbedarf gebe. Der Wegfall der verbindlichen Grundschulempfehlung führe dazu, dass alle schwächeren Schüler nun auf die Gemeinschaftsschule wollen. In den Schulen seien viele Sanierungen notwendig. Es zeige sich mittlerweile ein anderes Übergangsverhalten der Kinder in die Sekundarstufe. Man müsse den Ausbau der Gymnasien vorantreiben.

Stadtrat Perinelli begrüßt den Sachstandsbericht und gibt an, dass man die Schülerzahlen immer im Auge behalten müsse. Es dürfe nicht sein, dass es zu wenig Realschüler gebe, da das Handwerk bereits jetzt Probleme bei der Gewinnung von Facharbeitern habe.

Stadträtin Cyperrek fragt, warum der Antrag der Fraktion der Freien Wähler, in der Neumattschule eine Realschule zu etablieren, nicht in den Sachstandsbericht aufgenommen worden sei. Sie wolle wissen, wer letztlich welche Entscheidungen treffe und inwiefern das Kultusministerium über Schulfragen in Lörrach entscheide. Sie fragt weiter, ob man in Lörrach bei der Viergliedrigkeit verbleiben wolle. Sie sehe nur eine Gemeinschaftsschule, die auf der Realschule und dem Gymnasium aufbaue. Letztlich dankt sie dem Fachbereich Jugend/Schule/Sport und plädiert für die Gemeinschaftsschule mit möglichst langem, gemeinsamem Lernen.

Stadträtin Jaenisch betont, dass es wichtiger sei, dass die Schulgebäude in guten baulichen Zuständen erhalten werden, bevor man über die Schulformen nachdenke. Als Oberzentrum müsse Lörrach ein breites schulisches Angebot vorhalten.

Stadträtin Krauel erklärt, dass es nichts mehr bringe Leistungsmöglichkeiten zu überprüfen. Es sei nicht sinnvoll Kinder herabzustufen, wenn sie bestimmte Leistungen nicht erbringen. Die Fraktion der SPD sei für eine langsame Entwicklung der Gemeinschaftsschule.

Die Vorsitzende erklärt, dass Eltern sich früher der Entscheidung der Schulbehörde beugen mussten, was heute nicht mehr der Fall sei. Es könne heute keinem Kind mehr verboten werden, auf die Schule zu gehen, auf die es gerne möchte. Die Schulen hätten nun eine Aufnahmepflicht. Unterschiedliche Gespräche hätten ergeben, dass eine Verlagerung der Realschule an den Neumattcampus nicht angedacht sei. Die Verwaltung müsse zusätzliche Aspekte überprüfen. Mit den vorhandenen räumlichen Kapazitäten sei man gut aufgestellt, man erwarte keine zu große Zunahme der Schülerzahlen. Das Hebel-Gymnasium benötige drei zusätzliche Klassenräume, was man in den kommenden Haushaltsplanungen berücksichtigen wolle. Die Erhaltung der Schulgebäude sei selbstverständlich. Bisher gehe das Kultusministerium davon aus, dass eine Stadt eine Schulart solange betreibt, solange diese Schulart von Eltern und Kindern nachgefragt werde.

Im Folgenden erteilt die Vorsitzende anwesenden Schulleitern von Lörracher Schulen das Wort. So nehmen Frau Bärbel Spira (Schulleiterin Theodor-Heuss-Realschule), Frau Isolde Weiß (Pestalozzi-Schule), Frau Petra Sauer (Hellbergschule) sowie Herr Stefan Royl (Neumattschule) Stellung zum Sachstandsbericht zur Schulentwicklungsplanung. Sie alle betonen, dass es von großer Wichtigkeit sei, dass Schulen nicht auseinander dividiert werden.

Frau Spira vertritt die Auffassung, dass es an an der THR in den vergangenen Jahren zu viele Änderungsmaßnahmen gegeben habe (Umzüge, Sanierungen). Nun müsse endlich Schluss sein mit Veränderungen. Eine Schule müsse sich langsam und stetig entwickeln. Sie plädiert für ein drittes Gymnasium am Standort der Neumattschule im Profil G9. Am Campus Rosenfels sollen die bisherigen Gymnasien und die THR bleiben können.

Frau Sauer erklärt, dass man eine Schulart solange anbieten müsse, solange sie auch politisch existiere. Einzelne pädagogische Konzepte müsse man getrennt voneinander betrachten. Man dürfe keine Schulen schließen.

Frau Weiß führt aus, dass man als Sonderschule aus politischen Gründen dazu angehalten sei, ein Beratungs- und Servicezentrum zu werden. Es müsse weiterhin auf Solidarität zwischen den Schulen gesetzt werden.

Herr Royl beanstandet, dass man als Schule oftmals den schwarzen Peter zugeschoben bekomme. Der Schulentwicklungsprozess müsse jetzt schnell in Gang kommen. Es gebe in den nächsten Jahren einen massiven und fundamentalen Wandel der Schullandschaft. Der Gebäudezustand einer Schule sei von erheblicher Bedeutung. In Lörrach wollen alle Kinder an den Standort Rosenfelscampus. Es gebe in Lörrach immer noch viele Kinder, die auf ein ganztägiges Angebot angewiesen seien. Dies sei ein wichtiges Thema für die Neumattschule. Das gut funktionierende Ganztagsformat an der Neumattschule müsse gehalten werden.

Stadtrat Schlecht äußert, dass es in der heutigen Sitzung zu keiner Entscheidung komme, sondern lediglich zu einer Kenntnisnahme des Sachstandsberichtes. Der Verunsicherung bei Lehrern und Bürgern müsse abgeholfen werden. Der Wegfall der verbindlichen Grundschulempfehlung spiele in der Diskussion keine Rolle. Das Thema Sanierung von Schulgebäuden müsse weiterhin in die politischen Gremien getragen werden. Er schlägt die Gründung einer Schulkommission, bestehend aus Schulleitungen, Fraktionsmitgliedern, Elternvertretern und der Verwaltung vor, die das Konzept der Schulentwicklung erarbeitet und bei der Umsetzung unterstützt.

Die Vorsitzende erklärt, dass die Sanierungskommission erst vor kurzem unter Einbeziehung der Schulen getagt habe. Der neue Oberbürgermeister werde mit Informationen der Verwaltung auf jede Schule gezielt zugehen und das Gespräch suchen. Die Sitzung der Kommission sei offen ausgegangen, das Thema Sanierung werde immer präsent sein. Die Kommission wolle die beste Lösung finden. Der vorgelegte Sachstandsbericht sei nicht abschließend, man werde weitere Optionen prüfen. Die Gründung der Schulkommission solle unter dem neuen Oberbürgermeister rasch stattfinden.

Der Gemeinderat fasst einstimmig den folgenden Beschluss:

Vom Sachstandsbericht der Verwaltung wird Kenntnis genommen.

TOP 2

RegioWIN: 2. Bewerbungsphase: Leuchtturmprojekt CO² - neutrales Modellquartier und Schlüsselprojekt Rathaussanierung

Vorlage: 114/2014

Die Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik ein und erwähnt, dass die Vorlage bereits im Hauptausschuss als auch im Ausschuss für Umwelt und Technik intensiv diskutiert worden sei. Die vorangegangene Vorlage sei für die heutige Beschlussfassung weiterentwickelt worden. Das Projekt RegioWIN werde sich für viele gemeinschaftliche Nutzer wirtschaftlich bezahlt machen. Sie bittet um die Zustimmung der Gemeinderatsmitglieder zu der Vorlage.

Stadtrat Escher gibt an, dass die Fraktion der CDU der Vorlage zustimmen wolle.

Stadtrat Simon führt aus, dass auch die Fraktion der SPD der Vorlage zustimmen wolle.

Stadtrat Ferger signalisiert die Zustimmung der Fraktion der Grünen. Er hoffe auf die Bereitstellung der Fördermittel und freue sich über eine hoffentlich gute Umsetzung des Projekts.

Stadtrat Claassen erklärt, dass mit der Realisierung des Projekts eine Steigerung der Attraktivität verschiedener städtischer Bereiche erreicht werden könne. Man müsse die Quartiersentwicklung für den Bereich Rathaus und Umgebung mit einem Masterplan verknüpfen. Die Mitgliedschaft im Verein Klimapartner sei gut und sinnvoll.

Stadtrat Matt tut kund, dass die Fraktion Die Liberalen der Vorlage zustimmen wolle.

Bürgermeister Dr. Wilke erklärt, dass bei der Quartiersentwicklung immer auch angrenzende Gewerbetreibende partizipieren würden. Man arbeite momentan an guten Konzepten für die Realisierung des Projekts. Weiteren Handlungsbedarf gebe es in den nächsten Jahren hinsichtlich der Sanierung des Rathauses.

Die Vorsitzende betont, dass die Antragstellung zur Gewährung von Geldern aus dem Wettbewerb RegioWIN niemanden daran hindere weitere, ambitionierte Projekte zu verfolgen. Allerdings müsse Hauswärme bezahlbar bleiben, es dürfe nicht nur um ökologisches Gutmenschentum gehen.

Der Gemeinderat fasst einstimmig den folgenden Beschluss:

1. Der Teilnahme und dem Projektbeschrieb „CO2 - neutrales Modellquartier“ für die Bewerbungsphase im RegioWIN Wettbewerb wird zugestimmt. Dies beinhaltet die Zustimmung zum
 - a. Zeitplan
 - b. Finanzplan = Kostenschätzung
2. Für das Jahr 2015 sind Planungsmittel im Haushalt 2015 in Höhe von max. 1,0 Mio. vorzusehen. Dem stehen Fördermittel von 700.000 € und die Beteiligung des Landkreises in Höhe von 150.000 € gegenüber. Vorausgesetzt das Projekt erhält eine Prämierung und eine Förderzusage, sind in den Jahren 2016 – 2020 die benötigten Projektmittel bereit zu stellen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, nach der Prämierung eine Betreibergesellschaft zu gründen. Die hierzu seitens der Stadt benötigten Mittel in Höhe von bis zu max. 12.500 € sind einmalig, ebenfalls im Haushalt 2015 zur Verfügung zu stellen.
4. Dem Projektbeschrieb „Schlüsselprojekt Rathaussanierung“ wird zugestimmt.
 - a. Planungsmittel (Vorplanung) in Höhe von max. 500.000 € sind im Rahmen der Haushaltsplanberatung im Jahr 2015 bereitzustellen.
 - b. Die Rathaussanierung wird nach Vorplanung 2016 in der zweiten Bewerbungsrunde des Förderprogramms „Klimaschutz mit System“ als Wettbewerbsbeitrag eingebracht.
5. Die Verwaltung wird beauftragt einen Förderantrag für die befristete Einstellung eines Sanierungsmanagers zu stellen und diese Stelle nach Genehmigung auszuschreiben.
6. Der Mitgliedschaft im Verein „ Strategische Partner –Klimaschutz am Oberrhein e.V.“ (Klimapartner Oberrhein) wird zugestimmt.

TOP 3

Bebauungsplan „Am Steinenbach“

- Beschluss zum frühzeitigen Beteiligungsverfahren gemäß § 3 (1) und § 4 (1)

BauGB

Vorlage: 083/2014

Die Vorsitzende führt in die Vorlage ein und stellt fest, dass keine Befangenheiten vorliegen.

Stadtrat Escher sagt, dass der Ortschaftsrat der Vorlage zugestimmt habe. Man müsse nun den Verfahrensablauf abwarten. Die Fraktion der CDU wolle der Vorlage zustimmen.

Stadtrat Schlecht erklärt, dass man das gerichtliche Verfahren beobachte und man nun abwarten müsse, welche Entscheidung das Gericht treffe. Er fragt, wann man eine Entscheidung des Gerichts erwarten könne. Die Fraktion der SPD wolle der Vorlage zustimmen.

Stadtrat Fergler führt aus, dass die Fraktion der Grünen der Vorlage zustimmen wolle. Man hoffe auf ein baldiges Ende der gerichtlichen Auseinandersetzung.

Stadtrat Denzer gibt an, dass die Fraktion der Freien Wähler der Vorlage zustimmen wolle.

Stadtrat Matt tut kund, dass die Fraktion Die Liberalen der Vorlage ebenfalls zustimmen wolle.

Facbereichsleiter Schwenger erklärt, dass das Gericht das Urteil am 5. August 2014 verkünden werde.

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, das frühzeitige Beteiligungsverfahren gemäß § 3 (1) und § 4 (1) BauGB auf der Grundlage der Darstellung in Variante b durchzuführen.

TOP 4

Oberzentrum Lörrach – Weil am Rhein, Gemeinsamer Flächennutzungsplan 2022 Verwaltungsgemeinschaft Lörrach - Inzlingen

„Änderung 1“ für den Bereich Sondergebiet Gärtnerei „Am Steinenbach“, Gemeinde Lörrach, Gemarkung Hauingen

Aufstellungsbeschluss und Beschluss über die frühzeitigen Beteiligungsverfahren gemäß § 3 (1) und § 4 (1) BauGB

Vorlage: 084/2014

Nachdem keine weitere Aussprache erfolgt, fasst der Gemeinderat einstimmig den folgenden Beschluss:

1. Dem Entwurf der Änderungsplanung wird zugestimmt
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die frühzeitigen Beteiligungsverfahren gemäß § 3 (1) und § 4 (1) BauGB durchzuführen.

TOP 5

Bebauungsplan "Leibnizweg", Satzungsbeschluss

Vorlage: 110/2014

Die Vorsitzende erteilt sogleich den Fraktionen das Wort.

Stadtrat Escher sagt, dass die Fraktion der CDU der Vorlage zustimmen wolle. Es gebe noch Klärungsbedarf hinsichtlich des Bolzplatzes und des geplanten Hochhauses, welchen man mit der Bürgerschaft abstimmen müsse.

Stadtrat Böhringer erklärt, dass der Bolzplatz bei den Anwohnern zu Verärgerung führen könne. Man wolle zukünftig eine städtebauliche Verdichtung. Auf der Quartierskonferenz müsse man mit den Bürgern ins Gespräch kommen. Die Fraktion der SPD wolle der Vorlage zustimmen.

Stadtrat Wernthaler führt aus, dass das Projekt Weitblick wichtig sei. Die Wohnbaugesellschaft müsse wieder günstige Wohnungen schaffen. Das Votum des Gemeinderates sei sehr wichtig. Man wolle in nächster Zeit das grenznahe Bauen ausweiten. Natürlich müsse man sich mit den angrenzenden Nachbargemeinden abstimmen.

Stadtrat Lacher hebt hervor, dass sich die Fraktion der Freien Wähler über den Bau in die Höhe, nicht in die Fläche, freue und der Vorlage zustimmen wolle.

Stadtrat Matt gibt an, dass sich die Fraktion Die Liberalen nicht einig sei und wohl unterschiedlich über die Vorlage abstimmen werde.

Fachbereichsleiter Schwenzer erläutert, dass es der Quartierskonferenz überlassen werde, ob sie die ausgewiesene Freifläche als Bolz- oder Spielplatz nutzen wolle.

Bürgermeister Dr. Wilke erklärt, dass man über den Bau des Hochhauses mit der Gemeinde Riehen Einvernehmen herstellen konnte.

Stadtrat Ferger vertritt die Auffassung, dass die Quartiersentwicklung Neumatt noch Anschub von städtischer Seite benötige.

Der Gemeinderat fasst mehrheitlich bei einer Gegenstimme den folgenden Beschluss:

1. Die im Rahmen der öffentlichen Auslegung und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange vorgebrachten Stellungnahmen werden nach Abwägung der öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander gemäß der Beschlussvorlage beschieden.
2. Der Gemeinderat beschließt gemäß § 10 BauGB i. V. m. § 74 LBO den Bebauungsplan "Leibnizweg" als Satzung.

TOP 6

Sperrung der Fußgängerzone mit Polleranlage; Regelung der Zufahrten und neue Gebührenfestsetzung für Ausnahmegenehmigungen zum Befahren der Fußgängerzone

Vorlage: 120/2014

Die Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik ein und erklärt, dass das Thema in vielerlei Hinsicht bereits breit diskutiert wurde.

Stadträtin Höfler gibt an, dass die Fraktion der CDU im Jahr 2013 der Bewilligung von 120.000,00 Euro zur Absperrung der Innenstadt für den Verkehr mit einer Polleranlage zugestimmt habe. Die Initiative sei von der Fraktion der CDU ausgegangen. Die Stadt müsse für die Sicherheit der Fußgänger in der Innenstadt sorgen. Das angedachte Logistikzentrum habe leider nicht realisiert werden können. Die Fraktion der CDU wolle der Vorlage zustimmen. Es benötige kodierte Chips für

die Durchfahrt durch die Polleranlagen, Sonderregelungen für die Marktbeschricker sowie halbjährliche Erfahrungsberichte.

Stadträtin Cyperrek erklärt, dass man sich mittlerweile intensiv mit der Thematik beschäftigt habe. Leider sei die Thematik immer noch nicht ausgereift. Es gebe noch viele unbeantwortete Fragen. Die Fraktion der SPD wolle der Vorlage zustimmen, erwarte aber ebenfalls halbjährliche Erfahrungsberichte. Der bereits in der Presse veröffentlichte Änderungsantrag der Freien Wähler mache grundsätzlich Sinn, da es noch viele offene Fragen gebe, jedoch könne man mit diesem Änderungsantrag auch vorerst noch abwarten.

Stadtrat Claassen tut kund, dass die Fraktion der Freien Wähler der Vorlage nicht zustimmen wolle. Man habe einen Änderungsantrag erarbeitet. Aufgrund der aktuellen Situation im Gemeinderat sei man aber bereit, den Änderungsantrag zu verschieben.

Stadtrat Matt signalisiert die Zustimmung der Fraktion Die Liberalen.

Stadtrat Ferger betont, dass die Polleranlagen die weitere Arbeit an innenstadtverträglichen Lösungen nicht behindern würden. Die Polleranlage werde dringend benötigt. Eine Verschiebung der Maßnahme, wie von der Fraktion der Freien Wähler gefordert, werde nicht als sinnvoll erachtet. Die Aufenthaltsqualität in der Innenstadt könne durch die Polleranlagen verbessert werden. Die Fraktion der Grünen wolle der Vorlage definitiv zustimmen.

Stadtrat Berg fragt, wie man mit den bisher vorgesehenen Ausnahmegenehmigungen umgehe. Man dürfe die mit der Polleranlage verfolgten Ziele nicht aus den Augen verlieren. Die Polleranlagen seien für die Aufenthaltsqualität sehr wichtig.

Stadtrat Böhringer beanstandet, dass dem Gemeinderat keine Vergleichsmöglichkeiten vorgelegt worden seien. Man könne sich nicht mit Baden-Baden vergleichen. Man benötige zudem eine strengere Überwachung des Verkehrs durch den Gemeindevollzugsdienst. Zudem benötige es halbjährlicher Berichte.

Die Vorsitzende hält die Diskussion für verfehlt, da man bereits über die Einstellung von Mitteln für die Polleranlage in den Haushalt beschlossen habe. Der Einzelhandel fordere, dass man, wenn man die Installation von Polleranlagen wolle, dies bald tun müsse, damit die Gegebenheiten vor dem Weihnachtsgeschäft erprobt werden können. Man habe zudem bereits Aufträge für Tiefbauarbeiten vergeben und die Polleranlagen bestellt. Wenn man die Bestellungen storniere, müsse man mit Schadensersatzforderungen rechnen. Die vorliegende Beschlussfassung befasse sich lediglich mit der Gebührenstruktur. Man müsse sich im Klaren sein, über was man jetzt diskutiere.

Stadträtin Höfler erklärt, dass man die Diskussion nicht noch einmal von Vorne beginnen dürfe. Man habe gemeinsam einen Beschluss über und für die Einrichtung einer Polleranlage gefasst.

Stadtrat Claassen sagt, dass man die Problematik erkenne und in Zukunft vorsichtiger agieren werde. Die Fraktion der Freien Wähler sei von ihrer ursprünglichen Position der Zustimmung zu der Polleranlage abgerückt.

Stadtrat Ferger gibt an, dass die Fraktion der Grünen die Gebührenstruktur als angemessen erachte. Die Gebühren seien in Ordnung, da man definitiv eine Verbesserung der Aufenthaltsqualität erzielen werde.

Stadtrat Krämer erklärt, dass man die Diskussion nicht mehr erneut aufrollen dürfe. Man bleibe bei den Beschlüssen, die man gefällt habe. Man habe von Anfang an gewusst, worauf man sich einlasse. Die Fraktion der CDU werde der Vorlage so zustimmen.

Die Vorsitzende erklärt, dass bevor noch weiter diskutiert werde, sie eine rechtliche Einschätzung der Lage abgeben wolle. Ursprünglich habe der Gemeinderat die Polleranlagen gewollt. Die Gebührenstruktur sei offen geblieben. Daraufhin habe man Haushaltsmittel für die Anschaffung der Polleranlagen bereitgestellt. Dies wurde im Ältestenrat und in einer öffentlichen Pro-Lörrach-Sitzung bekannt gegeben und diskutiert.

Stadtrat Claassen tut kund, dass die Fraktion der Freien Wähler den Änderungsantrag zurückziehen werde.

Der Gemeinderat fasst sodann bei 5 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen mehrheitlich folgenden Beschluss:

Die Regelung für die Zufahrten der Fußgängerzone und die Neufestsetzung der Gebühren für die Ausnahmegenehmigungen zum Befahren der Fußgängerzone wird zur Kenntnis genommen und befürwortet.

TOP 7

Änderung der Friedhofsordnung

Vorlage: 095/2014

Nachdem keine Aussprache erfolgt, fasst der Gemeinderat einstimmig den folgenden Beschluss:

1. Der beigefügten Änderung der Friedhofsordnung wird mit dem Wortlaut der Anlage 1 der Vorlage zugestimmt.
2. Diese Änderung tritt am 1. August 2014 in Kraft.

TOP 8

Antrag der SPD-Fraktion zur Förderung von Vereinsheimen in Lörrach

Vorlage: 123/2014

Nachdem keine Aussprache erfolgt, fasst der Gemeinderat einstimmig den folgenden Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, bis zu den Haushaltsberatungen für das Jahr 2015 einen Maßnahmenkatalog für anzuerkennende energetische Maßnahmen für Vereinsheime zu erarbeiten und daraus einen pauschalierten Fördervorschlag zu entwickeln.

TOP 9

Annahme und Vermittlung von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuweisungen gemäß § 78 Abs. 4 Gemeindeordnung

Vorlage: 124/2014

Nachdem keine Aussprache erfolgt, fasst der Gemeinderat einstimmig den folgenden Beschluss:

Die Annahme bzw. Vermittlung der dargestellten Zuwendungen wird zugestimmt.

TOP 10

Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse und sonstige Bekanntgaben

Öffnung der Dachterrasse für Besucher

Die Vorsitzende erklärt, dass die Dachterrasse wieder für die Öffentlichkeit geöffnet werde. Allerdings müsse jeder Besucher seinen Personalausweis an der Infothek abgeben, um Zugang zur Dachterrasse zu erhalten.

TOP 11

Allgemeine Anfragen

Spende für Partnerstadt Senigallia

Stadtrat Lacher hält die Spende in Höhe von rund 4.000,00 für die Partnerstadt Senigallia für zu geringfügig.

Die Vorsitzende erläutert, dass man desweiteren einen Kinderspielplatz im Wert von 13.000,00 Euro in Senigallia finanziere.

Antrag der Fraktion der Freien Wähler auf Anbringung einer Gedenkplatte

Stadträtin Brogle führt aus, dass die Fraktion der Freien Wähler beantrage, dass anlässlich des 70. Jahrestags der Ermordung des jüdischen Mitbürgers Leo Kakala durch die Nationalsozialisten eine steinerne Gedenkplatte auf dem Lörracher Hauptfriedhof angebracht werde.

Die Vorsitzende bittet darum, den Antrag schriftlich an die Verwaltung zu richten.

Musik in der Innenstadt

Stadtrat Ferger sagt, dass es in der Innenstadt 3 vorgeschriebene Plätze für Straßenmusiker gebe, an denen sich die Musiker jeweils eineinhalb Stunden aufhalten dürften. Er regt an, dass von der Verwaltung noch weitere Plätze für Straßenmusiker ausgewiesen werden.

Die Vorsitzende erklärt, dass dies in einer Satzung geregelt werde und die Verwaltung weitere Möglichkeiten für Straßenmusiker prüfen wolle.

TOP 12

Fragestunde der Bürger

Keine.

TOP 13
Offenlegungen

Der Gemeinderat nimmt von folgenden Offenlegungen Kenntnis:

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des gemeinsamen Oberzentrumsausschusses
Lörrach-Weil am Rhein am 14. Juli 2014.

Annahme und Vermittlung von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuweisungen
gemäß § 78 Abs. 4 GemO – Kleinspende vom Mai 2014

Zur Beurkundung

Die Vorsitzende:
gez. Heute-Bluhm

Urkundspersonen:
gez. Denzer / Escher

Schriftführung:
gez. Ockenfuß